

Juri Wladimirowitsch A n d r o p o w :

- 1h -

Werte Genossen!

Die Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses ist nicht nur im Leben unseres Bündnisses, sondern in der gesamten europäischen und Weltpolitik stets ein großes Ereignis. Mit seiner Tätigkeit sind die größten außenpolitischen Initiativen für Frieden und Entspannung verbunden, die die Frucht des kollektiven Denkens der Führer der sozialistischen Bruderstaaten waren.

Leonid Iljitsch Breshnew, dessen Andenken wir soeben geehrt haben, lag die Praxis der gemeinsamen Ausarbeitung der strategischen Richtungen unseres Handelns in höchstem Maße am Herzen. Die KPdSU und der Sowjetstaat werden dieser Tradition treu bleiben. Wir werden auch weiterhin alles tun, damit das Vertrauen und die Eintracht zwischen unseren Ländern tief und fest sind.

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses ist in einer komplizierten und, ich möchte sagen, unruhigen Situation zusammengetreten, und es ist jetzt besonders notwendig, sich miteinander zu beraten.

Jeder von uns macht sich offensichtlich Gedanken, wodurch die jähe Wende in der Politik der USA und der NATO, die das jetzige Aufflammen der internationalen Spannungen hervorgebracht

hat, hervorgerufen wurde und wie lange eine solche Zuspitzung fort dauern kann.

Das Wesen dieser Angelegenheit liegt unseres Erachtens vor allem in den für den Imperialismus ungünstigen Veränderungen in der Welt.

Die 70er Jahre waren eine Zeit des weiteren Wachstums der Kraft und des Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft. Es ist uns gelungen, die militärisch-strategische Parität mit dem Westen herzustellen. Das gab uns die Möglichkeit, ihm als Ebenbürtiger gegenüberzutreten. Unsere dynamische Entspannungspolitik führte zu großen positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen.

Empfindliche Verluste erlitt der Imperialismus in dem weiten Gebiet der sogenannten dritten Welt. Von der Kontrolle über die Ressourcen der dritten Welt hängt bisher das Wohlergehen des Westens ab. Die revolutionären Veränderungen in Angola, Äthiopien, Nikaragua und in anderen Ländern - und diese waren durch objektive Faktoren bedingt - wurden durch Washington, und zwar nicht grundlos, als eine Niederlage der amerikanischen Politik hingenommen.

Das Phänomen Reagans und seiner Politik hat jedoch nicht nur äußere, sondern auch innere Ursachen. Die tiefgreifenden Krisenerscheinungen - Produktionsrückgang, Inflation, Massenarbeitslosigkeit - haben praktisch alle kapitalistischen Länder erfaßt. Und einen Ausweg aus einer solchen Lage sucht

die Bourgeoisie in der Regel in außenpolitischen Abenteuern.

Doch das ist, wie wir meinen, nur die eine Seite. Die andere besteht darin, daß die USA und die NATO ihre Chance in jenen Schwierigkeiten erblickt haben, mit denen in diesem oder jenem Grade wir alle in der Wirtschaftsentwicklung konfrontiert worden sind. Ich meine das Anwachsen der Währungsverschuldung, die Lebensmittelsituation, das technologische Zurückbleiben in einigen Zweigen sowie eine Reihe anderer Engpässe. Unter einem analogen Blickwinkel werden auch die innenpolitischen Komplikationen in einigen sozialistischen Ländern gewertet. Wir werden nicht die Augen davor verschließen: Solange diese Probleme existieren, werden die Klassengegner versuchen, sie sich zunutze zu machen. Dafür sind es Klassengegner.

Der Kurs Reagans und jener, die hinter ihm stehen, ist nichts anderes als der Versuch, den Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung den Kampf anzusagen und weiteren Verlusten des kapitalistischen Systems um jeden Preis einen Riegel vorzuschieben. Die Speerspitze dieses Kurses ist gegen die Sowjetunion, gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft gerichtet. Das sogenannte differenzierte Herangehen Washingtons an einzelne sozialistische Länder hat taktische Bedeutung und ändert nichts am Wesen. Der Kampf entwickelt sich praktisch in allen Richtungen.

Aufhorchen läßt die Schamlosigkeit, mit der die Vereinigten Staaten die ökonomische Situation der sozialistischen Länder zu erschweren suchen. Was sind denn z. B. ihre Aktionen

gegenüber Polen wert! Oder die bekannte Geschichte mit dem "Erdgas-Röhren-Geschäft", als die USA bereit waren, auch die Interessen ihrer nächsten Bundesgenossen zu opfern. Die Amerikaner wollen allem Anschein nach auch weiterhin die Handelsbeziehungen als ein Mittel des politischen Drucks mißbrauchen. Es geht um die starke Einschränkung unseres Zugangs zu fortgeschrittenen Technologien, um die Reduzierung der Höhe und die Verschärfung der Bedingungen von Krediten, um Maßnahmen zur Verringerung der Deviseneinnahmen der sozialistischen Länder aus dem Export u.a.

Wir alle spüren die gewachsene Aktivität der ideologischen Zentren des Imperialismus. Das ist übrigens nicht einfach eine Wiederaufnahme des Propagandakrieges, der uns aus der Vergangenheit bekannt ist. Es wurde sehr viel auf eine Karte gesetzt. Man will in unseren Ländern eine politische Opposition schaffen und diese manipulieren, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erschüttern.

Besonders gefährlich ist die Herausforderung für uns auf militärischem Gebiet. Washington hat sich das Ziel gesetzt, das Gleichgewicht in diesem Bereich zu zerstören und regt, wie die Dezembertagung des NATO-Rates gezeigt hat, nicht ergebnislos, zu einer verstärkten Militarisierung des gesamten NATO-Blocks und aller seiner Teilnehmer an.

Die neue Runde des Wettrüstens, die uns von den USA aufgezwungen wird, weist prinzipielle, qualitative Unterschiede auf.

Wenn die Amerikaner früher, wenn sie von ihren Kernwaffen sprachen vorzugsweise betonten, daß diese vor allem ein Mittel der "Abschreckung", der "Eindämmung", seien, so verhehlen sie jetzt, indem sie vervollkommnete Raketensysteme schaffen, keinesfalls, daß sie real für einen künftigen Krieg bestimmt sind. Daher rühren auch die Doktrinen eines "rationellen", "begrenzten" Kernwaffenkrieges, daher rühren auch die Behauptungen von der Möglichkeit, in einem länger andauernden Kernwaffenkonflikt zu überleben und zu siegen.

Es ist schwer zu sagen, wo hier Erpressung und wo eine wirkliche Bereitschaft zu einem verhängnisvollen Schritt liegen. Keinesfalls können wir jedoch eine militärische Überlegenheit der USA zulassen, und wir werden diese auch nicht zulassen. Das Gleichgewicht wird nicht gestört werden. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Eskalation des Wettrüstens die militärisch-politische Situation unbeständig und unbestimmt machen kann. Es tauchen solche Waffenarten auf, die mit Hilfe nationaler Mittel schwer und vielleicht überhaupt nicht kontrolliert werden können.

Insgesamt ist es wohl keine Übertreibung zu sagen, daß wir mit einem der massivsten Versuche des Imperialismus konfrontiert sind, den Prozeß der sozialen Veränderungen in der Welt zu bremsen, das Voranschreiten des Sozialismus aufzuhalten bzw. ihn zumindest in einer Reihe von Bereichen zurückzudrängen.

Die jetzige Wende in der Politik der USA ist natürlich mit aller Ernsthaftigkeit zu betrachten. Man muß aber auch sehen,

daß ihnen bei weitem nicht alles gelingt. Die Schwächen und Fehler ihres Kurses treten immer offenkundiger zutage. In der Absicht, uns einzuschüchtern, säten die Washingtoner Politiker Angst bei sich im Lande und bei ihren eigenen Verbündeten und riefen bei ihnen ein Gefühl der Erregung hervor. Im Westen wachsen die Befürchtungen, daß in Amerika Leute an die Macht gekommen sind, die fähig sind, eine Kernwaffenkatastrophe vom Zaune zu brechen.

Ist es denn nicht bezeichnend, daß, unabhängig vom Weltfriedensrat, in Westeuropa und in den USA selbst eine Massenbewegung gegen die Kernwaffen entstanden ist und an Kraft gewinnt, die hier und da schon politisches Wetter macht. Die Idee des Einfrierens der Kernwaffenarsenale genießt breite Unterstützung in der Demokratischen Partei der USA. Die Labour-Partei ist für die nukleare Abrüstung Großbritanniens eingetreten. Das sind bei weitem keine Kleinigkeiten.

Natürlich sind die NATO-Länder den Vereinigten Staaten gefolgt und - der eine mehr, der andere weniger - leisten Schützenhilfe bei den Angriffen gegen unsere Politik. Doch die amerikanische Zielstellung einer harten Konfrontation mit der sozialistischen Gemeinschaft wird bei weitem nicht in allen Punkten von ihren europäischen Bundesgenossen, von Kanada und, man kann auch sagen, Japan geteilt. Die Streitigkeiten und Auseinandersetzungen über verschiedene Fragen - nicht nur ökonomische, sondern auch politische - lassen im westlichen Lager nicht nach. Die Vehemenz Reagans beseitigt die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten keinesfalls, sie verschärft

diese im Gegenteil noch.

Zu beträchtlichen Schwierigkeiten kam es in den Beziehungen der USA zu vielen Ländern der "dritten Welt". Wie kann es auch anders sein angesichts der Ereignisse im Südatlantik, in Libanon, in Mittelamerika und in der Karibik und im Süden Afrikas? Die Amerikaner unterstützen terroristische Regime, lehnen die gerechten Forderungen nach Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ab und stellen sich in vielen aktuellen Problemen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen entgegen.

Oder nehmen wir zum Beispiel die kürzliche Erklärung des USA-Präsidenten über die Absicht, ein militärisches Kommando der USA für einen großen Teil des Indischen Ozeans, der Tausende Meilen von den USA entfernt ist, zu schaffen. Das ist nichts anderes als ein Anschlag auf die Unabhängigkeit der Staaten Südwestasiens, die in diesem Gebiet gelegen sind. Und es gibt dort fast zwanzig solcher Staaten. Natürlich muß ein solcher typisch kolonialistischer, gendarmenhafter Akt in der "dritten Welt" Verdacht und Alarm auslösen. Somit waren die zwei Jahre der Reaganschen Amtszeit für die USA mit beträchtlichen politischen Unkosten verbunden. Das Bild der Welt ist bei all seiner Widersprüchlichkeit keinesfalls rosiger für den Imperialismus, was dessen Ideologen auch immer verkünden mögen. Der Sozialismus hat dem Druck des Klassengegners standgehalten, und es liegt durchaus in unserer Macht, seine Aggressivität zu zügeln und somit in der Folge die internationalen Beziehungen in normalere Bahnen zu überführen.

Ich möchte auf eine Reihe von Schlüsselmomenten unserer außenpolitischen Tätigkeit näher eingehen.

Zunächst zu den Beziehungen mit den USA. Durch die Schuld der jetzigen Administration kam es zu einer Art Erosion der fruchtbaren Schicht in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Nachdem Reagan ins Weiße Haus eingezogen war, sprach er sich dahingehend aus, daß er so lange mit der Sowjetunion nichts zu bereden habe, bis die USA die militärische Überlegenheit errungen hätten.

Wie haben wir darauf geantwortet? Wir hätten doch auch sagen können, daß wir uns mit einem politischen Grobian nicht zu unterhalten wünschen, auch wenn er an der Spitze des mächtigsten kapitalistischen Landes steht. Doch die sowjetische Führung ist anders vorgegangen. Sie bekräftigte ihre Bereitschaft zu einem ernsthaften, ausführlichen Dialog mit den Vereinigten Staaten, der allerdings ein Dialog zwischen ebenbürtigen Partnern sein muß.

Jetzt werden in Washington Worte laut, daß konstruktivere Beziehungen zur Sowjetunion nützlich wären. Wir haben jedoch noch keinen Grund, von einer Wende der amerikanischen Politik zum Besseren zu sprechen. Die Kontakte der jüngsten Zeit, darunter mein Gespräch in Moskau mit dem Vizepräsidenten der USA Bush und Außenminister Shultz zeichneten sich durch eine Veränderung im Ton, doch weiter nichts, aus.